



# DEUTSCHER BUNDESTAG

---

## *pressemitteilung*

Berlin, 27. November 2006

### **Stellungnahme der Kinderkommission zu Hilfen für die Kinder psychisch kranker Eltern**

In Deutschland leben 500.000 Kinder in Familien, in denen ein Elternteil an einer psychischen Erkrankung, einer manischen Depression, Schizophrenie oder Borderline-Persönlichkeitsstörung leidet. Diese Krankheitsbilder unterliegen in der Gesellschaft nach wie vor einem absoluten Tabu, so dass die Erkrankung oftmals „Familiengeheimnis“ mit bedrohlicher Bedeutung für alle Familienmitglieder ist.

Die Kinder können die durch die Krankheit bedingten Verhaltensweisen ihrer Eltern nicht verstehen, sie reagieren mit Ängsten und entwickeln Schuld- und Schamgefühle. Sie sprechen mit niemandem über ihre familiäre Situation, weil sie dies als Verrat am kranken Elternteil empfinden. Die betroffenen Kinder erleben eine enorme psychische und physische Belastung und sind überfordert. Dennoch zeigen sie sich nach außen meist unauffällig und entwickeln aufgrund der vorzeitigen Verantwortungsübernahme häufig sogar ein reifes und selbstständiges Erscheinungsbild. Ihre Belastung und innere Not wird oftmals erst dann offenbar, wenn sie selbst Verhaltensauffälligkeiten zeigen. Sie haben nachweislich ein deutlich erhöhtes Risiko, psychisch zu erkranken.

Weder in der Kinder- und Jugendhilfe noch in der Erwachsenenpsychiatrie werden die betroffenen Kinder als Angehörigengruppe ausreichend wahrgenommen. Diese Kinder brauchen aber dringend Hilfe, und zwar vorbeugende. Sie dürfen nicht alleine gelassen werden!

Präventionsprojekte für Kinder psychisch kranker Eltern wie zum Beispiel das überwiegend aus privaten Mitteln finanzierte Präventionsprojekt „KIPKEL“ [www.kipkel.de](http://www.kipkel.de) sind daher sehr zu begrüßen. Es ist ein Beratungs- und Betreuungskonzept, das in den vergangenen 8 Jahren rund 700 Kindern im Kreis Mettmann in Nordrhein-Westfalen geholfen hat. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages möchte auf dieses hervorragende Projekt aufmerksam machen und zur Unterstützung und Nachahmung anregen.

Auch die öffentliche Hand sollte verstärkt Hilfestellung für diese Familien leisten und insbesondere im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe hierfür mehr Prob-

lembewusstsein entwickeln. Daneben wäre es wünschenswert, in den Ausbildungen zu medizinischen und pädagogischen Berufen verstärkt auf die Problematik vorzubereiten sowie Lösungsansätze zu vermitteln.

Ziel muss ein bundesweit flächendeckendes Netzwerk aller beteiligten Professionen zum Wohle dieser Kinder sein. Besonders wichtig sind dabei Anlaufstellen, an die sich betroffene Kinder direkt wenden können.